

# Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Otto Karsten, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprecher-Nachricht 6264 bis 6267. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Monatlich 2,00 Mark, halbjährlich 1,80 Mark, Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig.

Anzeigenpreise: Die 10gespaltene 27 Millimeter breite Nonpareilzeile brüht 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 12 1/2 Pf., Vereinskalender 30 Pf., die dreigespaltene 90 Millimeter breite Kleinanzeige brüht 100 Pf., auswärts 150 Pf., Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Nachdrucke keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg, Postfachkonto Nr. 123 Magdeburg.

Nr. 7.

Magdeburg, Sonnabend den 9. Januar 1926.

37. Jahrgang

## Mussolinis blecherne Rüstung.

Unser Schweizer Mitarbeiter schreibt:

Bismarck war im Vergleich mit Mussolini ein rechter Stümper. So infam das schandbare Sozialistengesetz und seine gewalttätige Durchführung gegen die sozialistisch geführte Arbeiterbewegung war, gegenüber den hemmungslosen Gewaltmethoden Mussolinis war es das reinste Kinderspiel. Das Sozialistengesetz fiel im Jahre 1890 über den Expatrimentenparagrafen; Mussolini bringt fertig, was Bismarck nicht konnte: seine politischen Feinde für heimatlos erklären. Er läßt seine Mordbuben durch Ueberfälle oder entsprechende Drohungen Nichtfaszisten, sozialistische und bürgerliche, aus ihrem Vaterlande vertreiben. Dann wird ihnen zu Hause das etwa zurückgelassene Vermögen geraubt und sie werden ihres italienischen Bürgerrechts verlustig erklärt, weil sie sich ohne Erlaubnis der Regierung aus der Heimat entfernt haben. Das ist ganze Arbeit!

Das Furchtbare, das die Faszisten in den vorangegangenen Jahren 1922, 1923 und 1924 geleistet haben an der hemmungslosen Vergewaltigung der nichtfaszistischen Bevölkerung, das war eigentlich nur Vorarbeit für die vollkommene Durchsetzung des Faszismus im Jahre 1925. Da ist das Gesetz gegen die Freimaurer, das aber ganz allgemeine Geltung erhält und auf alle Gesellschaften und Vereine angewandt wird. Im Senat gab es dagegen eine bescheidene Opposition: der Senator Ruffini erklärte, daß sich Italien mit seiner unliberalen Politik selber isoliere; aber Mussolini verwies demgegenüber darauf, daß amerikanische Banken dem italienischen Staate 100 Millionen Dollar kreditierten.

Dann kam das Gesetz über die Beamtenschaft, das die Regierung ermächtigt, bis zum 31. Dezember 1926 alle Beamten zu entlassen, die sich nicht zum faszistischen Regime bekennen. Da davon auch die Universitätsprofessoren betroffen werden, bedeutet das Gesetz das Ende der freien Wissenschaft, ferner das Beamtensmonopol der faszistischen Kreaturen.

Das Gesetz über die Gemeindeverwaltung schafft die Selbstverwaltung in drei Vierteln aller Gemeinden ab, indem es an Stelle des vom Volke gewählten Bürgermeisters einen von der faszistischen Regierung ernannten Verwalter setzt. Das gilt für alle Gemeinden mit unter 5000 Einwohnern. Für die größeren Gemeinden ist die Nichtwählbarkeit aller Personen festgesetzt, die „staatsfeindlichen Organisationen“ angehören. Die Hauptstadt Rom erhält einen von der Regierung ernannten Gouverneur, Neapel hat eine außerordentliche Verwaltung.

Das Gesetz über die Presse verurteilt das Ideal jenes preußischen Junkers, der 1848 erklärte: „Pressfreiheit mit dem Galgen daneben!“ Das Gesetz liefert die Presse völlig der schrankenlosen Willkür Mussolinis und seiner Genferstrecke aus. Die Zeitungen können verboten, beliebig konfisziert oder auf einige Zeit unterdrückt, und sie können mit unbegrenzten Bußen bis zum völligen Ruin belegt werden, indem auch die Drucker und selbst die Aktionäre mit ihrem ganzen Betriebsmaterial haftbar erklärt werden. Daneben kaufen sozusagen zwangsweise die Faszisten die oppositionellen Zeitungen der Reihe nach zusammen. Unter diesen Umständen ist die Zahl der unabhängigen oppositionellen Blätter in ganz Italien auf sieben zusammengeschmolzen, wovon vier Arbeiter- und drei bürgerliche Zeitungen sind; aber sie führen nur ein Schattendasein, und ihr völliges Ende ist die Frage kurzer Zeit. Die faszistischen Zeitungen müssen von den Banken und den Großindustriellen ausgehalten werden, so daß diese ihr faszistischer „Erretter“ doch ein schmerzliches Stück Geld kostet. Glücklicherweise können die Nichtfaszisten nicht gezwungen werden, den faszistischen Dreck zu lesen, und bis jetzt gibt es auch noch kein Gesetz, das sie zwingt, ihn zu kaufen oder zu abonnieren.

Das Gesetz über die Berufsorganisationen vernichtet die freien Gewerkschaften. Das heißt, „theoretisch“ können sie weiter bestehen bleiben, aber sie haben keine Rechte, keinen gewerkschaftlichen Wirkungskreis. Die faszistischen „Surrogat“-Gewerkschaften erhalten von der Regierung die Anerkennung und das Recht der juristischen Person, indes darf für jeden Beruf nur eine anerkannte Organisation bestehen. Es genügt ein Zehntel der Berufsangehörigen als Mitglieder der Organisation, um sie „vollwertig“ zu machen. Die Leiter dieser Organisation müssen sich über eine gute „vaterländische“ (faszistische) Gesinnung ausweisen; sie können auch von den Präzekten oder der Regierung ernannt werden und bleiben immer unter deren Kontrolle. Diese Pseudo-Gewerkschaften haben das alleinige

Recht zum Abschluß von Arbeitsverträgen, die dann für alle Berufsangehörigen gelten. Auch Nichtmitglieder müssen an die Organisation Beiträge bezahlen (einen Tageslohn per Jahr), andernfalls sie das Recht auf Arbeit verlieren. Die neuen Organisationen hatten einen bequemen Anfang, indem ihnen die Lokale und Einrichtungen der freien Gewerkschaften, die diesen gewalttätig weggenommen wurden, überlassen worden sind. Alle diese Bestimmungen gelten auch für die Unternehmerorganisationen, und ihnen wird die Aussperrung, wie den „Gewerkschaften“ der Streik verboten. Alle kollektiven Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern müssen vor die Arbeitsgerichte gebracht werden, die endgültig entscheiden. Schwere Strafen stehen auf der Nichtbeachtung dieser Urteile. Aus diesen faszistischen Organisationen sollen künftig die Mitglieder der Provinzialräte der Volkswirtschaft, der Gemeinderäte des größten Teiles des Senats gewählt werden.

Erwähnen wir noch die Gesetze betreffend die Uebertragung der gesetzgeberischen Macht an die Regierung und die Befugnisse des Ministerpräsidenten Mussolini, der dadurch geradezu zum Herrn des Landes gemacht wird, daß für die Beleidigung seiner Person oder seines „Ansehens“ („Majestätsbeleidigung“) schwere Strafen vorgesehen sind, so erscheint das faszistische Gewaltregiment gesichert. Mussolini kommt sich wahrscheinlich — wenn er Putschisten hält auf seine Leistungen gerade im letzten Jahre — wie ein vom Scheitel bis zur Sohle gesicherter und eingepackter Held der Geschichte vor. Er übersteht dabei nur, daß er es gemacht hat wie einer, der in der Zeit der Sinterlader sich mit einer alten Ritterrüstung schützen will. Die Weltgeschichte läßt sich nicht zurückdrehen wie ein Film, der aus dem Anfang ein Ende machen kann. Seine pathetischen Drohreden über die Nacht am Bremer lassen erkennen, daß seine Gewaltpolitik über kurz oder lang ihn selbst zur Katastrophe führen muß. Sache der fortschrittlichen Europäer ist es, dafür zu sorgen, daß seine Katastrophe nicht gleichzeitig eine europäische wird. —

### Horthys Stellung erschüttert?

Der Skandal der ungarischen Monarchisten nimmt von Tag zu Tag größeren Umfang an. Bisher ist überhaupt noch nicht abzusehen, wann und wie er schließlich ein vorläufiges Ende nimmt. Die Verhaftung einer „Größe“ aus der Umgebung Horthys folgt der andern, und es hat ernsthaft den Anschein, daß der „königliche“ Reichsverweiger trotz aller Anstrengungen, ihn möglichst nicht zu belästigen, eines Tages als Mitwisser und Förderer des Skandals vor der ganzen Welt entlarvt werden wird. Es kann schon heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß er von dem Druck falscher französischer Noten unterrichtet war; denn alle bisher verhafteten Personen entstammen seiner näheren Umgebung und waren teilweise persönliche Freunde. Die Bemerkung allein aber genügt nicht, ihn zu belangen; erst muß der positive Nachweis einer verbrecherischen Handlung erbracht sein. Der Versuch, ihn zu führen, liegt im allgemeinen europäischen Interesse und ist zunächst vor allem Aufgabe der betroffenen Länder.

Das ganze ungarische Regierungssystem, dessen Charakter durch den Namen Horthy gekennzeichnet wird, ist jetzt erst recht nur als Verschwörer-Organisation gegen die europäische Demokratie zu betrachten. Im allgemeinen haben die Vertreter fremder Staaten in den einzelnen Ländern die Aufgabe, wirtschaftliche und politische Beziehungen zum Nutzen ihres Volkes zu pflegen. Diese Art korrekter Diplomatie war mindestens für einen Teil der ungarischen Vertreter in den einzelnen Ländern bis heute Neben Sache. Ihr Hauptberuf bestand darin — und das trifft insbesondere auf den ungarischen Gesandten in Deutschland zu —, die Verbindung mit den rechtsradikalen, gleichgesinnten Organisationen aufrechtzuerhalten und ihren „Revanchegeist“ gegen die „Siegerstaaten“ wach zu halten. Es ist z. B. wiederholt möglich gewesen, enge Beziehungen unter Ludendorff zu den ungarischen „Kassenschützern“ nachzuweisen. Der Abschluß eines Vertrags zwischen den extremen Nationalisten beider Länder kurz vor dem bayrischen Novemberputsch im Jahre 1923 dürfte noch in allgemeiner Erinnerung sein und heute noch praktischen Wert besitzen.

Wer möchte überhaupt bestreiten, daß von amtlichen ungarischen Persönlichkeiten den deutschen Putschisten sogar Geld übermittelt wurde? Sie haben bisher jedenfalls Gesinnungsgemeinschaften nur auf finanzieller Basis ab-

geschlossen und da sie heute selbst bettelarm sind, liegt der Verdacht mehr als nahe, daß ihr „nationaler“ Geist ab und zu durch einen Teil des Erlöses aus den Frankfälschungen aufgefrischt worden ist.

In diesem Zusammenhang interessiert uns insbesondere die plötzliche Berufung des ungarischen Gesandten in Berlin nach Budapest. Er gilt in unterrichteten Berliner Kreisen allgemein als der Vertrauensmann der ungarischen „Kassenschützer“, und damit gewissermaßen als die Verbindungsperson zu unsern rechtsradikalen Organisationen. Als solcher dürfte er wahrscheinlich auch nach Budapest berufen worden sein. Der eigentliche Zweck ist vorläufig natürlich noch unbekannt und dürfte voraussichtlich auch nicht ohne weiteres das Licht der Welt erblicken. Vielleicht aber wollte man ihn vor einer Ausdehnung des Skandals auf seine Person in Berlin bewahren, vielleicht aber bezweckt seine Reise und die der andern ungarischen Diplomaten im Ausland nach Budapest auch, durch eine gemeinsame Aussprache eine Ausdehnung des Skandals auf die rechtsradikalen Organisationen in Deutschland und Frankreich im eigenen Interesse zu verhindern oder wenigstens im Eventualfall durch eine einheitliche Taktik als kaum der Rede wert erscheinen zu lassen.

Der europäischen Demokratie kann nur ein Dienst erwiesen werden, wenn das verhindert und die Pestbeule endgültig aufgestochen wird. Von diesem Gesichtspunkt aus muß insbesondere durch die geschädigten Länderregierungen eine durchgreifende Untersuchung gefordert werden. Wie der „Volksstimme“ aus Budapest gemeldet wird, ist die Stellung des bisher allmächtigen Reichsverweigers, Nikolaus v. Horthy, ernstlich erschüttert. Die Meldung besagt weiter, daß unter dem Eindruck des furchtbaren Skandals, in den die Anhänger der Königsandidatur des Erzherzogs Albrecht bis hinauf zu den höchsten Spitzen verwickelt sind, mit einem Wort der Legitimistischen Partei gerechnet werden müsse. Ihr Kandidat der Erzherzog Otto, der älteste Sohn des letzten Herrschers aus dem Hause Habsburg, soll zum König ausgerufen werden, um die Gunst des Augenblicks auszunutzen und etwaigen Verzweiflungsschritten der Rechtsradikalen vorzuzukommen, deren Führer Gömbös im Rufe steht, vor nichts zurückzuschrecken.

Der Wiener „Arbeiterzeitung“ wird diese Meldung beipflichtet und hinzugefügt: Gömbös ist, wie verlautet, in die Provinz gereist, um seine Banden zu sammeln und nach Budapest zu marschieren. In Kreisen Bethlens wird erwartet, daß es innerhalb der nächsten Tage zu dem Machtkampf zwischen Bethlen und Horthy, zwischen den Regierungstruppen und den Gömbös-Banden kommen werde. Bethlen versucht, Horthy zu bewegen, freiwillig zurückzutreten. Die Stellung Horthys ist erschüttert, Erzherzog Albrecht ist schwer kompromittiert, hingegen sind die Chancen Erzherzog Ottos größer geworden. Die Legitimisten planen, um dem Staatsstreich Gömbös' vorzuzukommen, schon jetzt Otto zum König auszurufen und eine Regentenschaft einzusetzen.

Ministerpräsident Graf Bethlen bestreitet in einer offiziellen Erklärung, daß Gegensätze zwischen den einzelnen verfassungsmäßigen Faktoren bestehen. Dieser Erklärung wird man bei der Kenntnis des monarchistischen Gegenstückes in Ungarn, wenig Glauben beimessen. Jedenfalls sitzen die Kugeln bei den Ungarn lockerer als bei den preussisch-bayrischen Bürgerbräuteller-Putschisten. —

### Verhaftungen und Geständnisse.

Die Budapester Polizei hat am Mittwoch einen technischen Beamten des Kartographischen Instituts verhaftet. Er gab zu, daß die falschen Noten in diesem staatlichen Institut, und zwar auf Anweisung des Prinzen Windischgrätz, hergestellt worden sind. Aus den Aussagen ging aber nicht hervor, ob die Noten auf den staatlichen Maschinen hergestellt worden sind.

Der verhaftete Polizeichef Radossy gestand in einem neuen Verhör, daß er dem Oberst Windischgrätz einen Kurierpaß verschafft und seine Koffer verriegelt habe. Er behauptet aber, nicht erfahren zu haben, daß falsche Noten darin seien. Er habe nur gewußt, daß es sich um eine patriotische Aktion handle, ohne dem Ziele näher nachzuforschen. Windischgrätz behauptet ebenfalls, an den Notenfälschungen nicht teilgenommen zu haben, gibt aber zu, daß er davon gewußt hat. Er will durch seinen Kammerdiener davon erfahren und die Aktion aus „nationalen“ Gründen begrüßt haben. Auch Radossy habe von allem gewußt. Er hat ihn deshalb angeblich gefragt, ob eine Anzeige erstattet werden müsse. Radossy habe ihn aber beruhigt, daß das nicht nötig sei.

Am Mittwoch ist eine Kommission nach dem Gutshaus des Prinzen Windischgrätz gefahren, nachdem der Kammerdiener des Prinzen behauptete, daß dort in den umfangreichen Katakomben des Schlosses die Maschinen für den Druck der Bank-

noten aufgestellt seien. Die Untersuchung verlief aber ergebnislos.

Der Gutsherr des Prinzen Windischgrätz, der die umfangreichen Weinberge des Prinzen verwaltet, wurde inzwischen ebenfalls verhaftet, da der Verdacht besteht, daß er an den Fälschungen des Prinzen beteiligt gewesen ist.

Zur Zusammenfassung mit der Fälscherei ist am Donnerstag auch der Stellvertreter des Barons Beremny, der Oberregierungsrat Szorecsy, Vizepräsident des National-Landesverbandes, verhaftet worden. Außerdem wurde der technische Rat Vladislav Gerd im Vorstand des ungarischen Kartographischen Instituts festgenommen. Auch der Maschinenmeister dieses staatlichen Unternehmens ist auf Grund der Aussagen Gerd's inhaftiert worden.

### Die große Koalition.

Je näher die entscheidenden Tage des Wiederzusammentritts unseres Reichsparlaments kommen, um so erregter wird die Debatte über die große Koalition. Die Demokraten und das Zentrum drücken mit aller Kraft auf die Sozialdemokratie. Die Deutschnationalen propagieren ein Regiment, das sich auf den Artikel 48 der Verfassung stützt und aus der Presse der Deutschen Volkspartei ist das Unbehagen zu spüren, das dort der Gedanke verursacht, ein Kabinett der großen Koalition könnte doch noch zustande kommen.

Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei gehen die Meinungen auseinander. Die Mehrheit der Reichstagsfraktion hat sich gegen die große Koalition ausgesprochen, aber gewichtige Stimmen fordern den Eintritt in die Regierung: Severing, Otto Braun, Philipp Scheidemann, Eduard David. Die Berliner Funktionäre der Partei haben sich — gegen eine starke Minderheit — gegen die große Koalition ausgesprochen. Eine überfüllte Parteiverammlung in Karlsruhe sprach sich im Gegensatz zu dem Referenten, dem dortigen Abg. Schöpplin (nicht Crispian, wie irrtümlich gemeldet wurde), für den Eintritt in eine Regierung mit der Deutschen Volkspartei aus. Wilhelm Sollmann zieht gegen einen Eintritt in ein Kabinett der großen Koalition vom Leder. Er ist gewiß kein grundsätzlicher Gegner, aber er bezweifelt die Dauerhaftigkeit einer Regierung mit der Deutschen Volkspartei und schreibt in einem Artikel:

Diejenigen Genossen, die die große Koalition als das kleinere Übel um jeden Preis erstreben, scheinen gewiß uns Elektornen gegenüber im Vorteil, wenn sie die wenig einladenden andern Auswege aufzählen: Bürgerliches Kabinet, Beamtenregierung, Ermächtigungsgesetz oder Reichstagsauflösung. Jeder dieser Auswege wird die Fraktion vor schwierigen Fragen stellen, die jetzt nicht, und erst recht nicht auf offnem Markte beantwortet werden können. Wie aber, wenn die große Koalition, nachdem wir das Größte geschafft haben, im April oder Mai an der doch wahrlich nicht gelungenen Anleihe der Volkspartei, mit uns zu regieren, zusammenbricht? Dann sind wir soweit wie jetzt auch. Nur, daß der Koalitionsgedanke bei den Massen den letzten Kredit verloren hat und man uns verdammt eine Reichstagsauflösung aufzwingt, nachdem wir nutzlos uns monatelang belastet haben. Wäre das alles etwa zum Nutzen der Republik, um deren Schutze man uns so beweglich ansetzt?

Wilhelm Sollmann wird zugeben, daß auch alle Gründe, die für den Eintritt in ein Kabinett der großen Koalition sprechen, nicht auf offnem Markte behandelt werden können. Ein Auseinanderbrechen der großen Koalition im April oder Mai in uß nicht die Folgen für uns haben, die Sollmann behauptet. In Preußen ist die große Koalition aus dem Reim gegangen, und niemand wird behaupten wollen, daß wir Schäden dadurch erlitten hätten. Es hat sich seit dem Herbst 1923 einiges geändert. Eine Reichstagsauflösung als Folge der Sprengung der großen Koalition durch die Deutsche Volkspartei brauchen wir nicht zu fürchten.

### Fall Bewersdorff.

Der „Vorwärts“ berichtet über die in Magdeburg bekannte Verletzung des Landgerichtsdirektors Bewersdorff an eine Zivilkammer:

„Dem aus dem Magdeburger Landesverratsprozeß bekannten Landgerichtsdirektor Bewersdorff ist mit dem 1. Januar der Vorsitz einer Zivilkammer in Magdeburg übertragen worden. Bewersdorff war bisher Vorsitzender einer Strafkammer! Auch bei seiner vorgelegten Behörde scheint er, wenn auch reichlich spät, den Eindruck herbeigerufen zu haben, daß er sich für alles andre, nur nicht für das Amt des Vorsitzenden einer Strafkammer eignet und deshalb seine Veretzung notwendig wurde. Die Akten über den „Fall Bewersdorff“ werden mit dieser indirekten Hilfe der vorgelegten Instanz noch nicht geschlossen. Das von Bewersdorff unter dem Druck der öffentlichen Meinung gegen sich selbst beantragte Disziplinarverfahren dürfte erst näheren Aufschluß darüber bringen, daß der schwer beschuldigte Richter überhaupt keine Qualitäten für ein Richteramt besitzt.“

### Senatspräsident Dr. Frehmuth



Der bekannte Vorkämpfer des Republikanischen Richterbundes, hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht, das genehmigt wurde. Mit Frehmuth, der erst im 53. Lebensjahr steht, scheidet ein Richter aus dem Amte, dessen warmes soziales Rechtsempfinden man bei den weitaus meisten seiner bisherigen Kollegen leider vermißt. Dr. Frehmuth stammt aus Ostpreußen, wurde 1902 Amtsrichter, 1911 Oberlandesgerichtsrat und war 1919 parlamentarischer Staatssekretär im preussischen Justizministerium.

### Zur Autosteuern.

Der finanzpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates erörterte am Donnerstag den von der Reichsregierung zur Begleichung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes und des Finanzausgleichs. Der Ausschuß beschloß, zur Klärung der von der Regierung gemachten Vorschläge den Entwurf einem besonderen Arbeitsausschuß zu übermeßen.

Der vorliegende Entwurf sieht gegenüber dem bestehenden Gesetz u. a. folgende Änderungen vor: Die Steuerbefreiung für Kraftfahrzeuge mit höchstens 5 P.S., die Eigentum von Ärzten sind und von diesen zur Ausübung ihres Berufes gebraucht werden, soll wegfallen. Der Steuertarif wird nicht unwesentlich erhöht. § 11, Absatz 2, ist dahin erweitert worden, daß die Steuer solange für ein Fahrzeug, für das ein Kennzeichen zugeteilt ist, weiter entrichtet werden soll, bis es bei der Polizeibehörde abgemeldet oder das Probefahrerkennzeichen zurückgestellt worden ist.

Besüglich des § 45 des Finanzausgleichsgesetzes wird von der Regierung die Streichung der Bestimmung vorgeschlagen, daß „mindestens die Hälfte“ des Steueranfallens für die Wegeunterhaltung zu verwenden ist. Man will dadurch das gesamte Steueranfallens der Wegeunterhaltung zuführen.

### Verdiente Abreibung.

Im „Völkischen Beobachter“ Sillers finden sich zwei Briefe abgedruckt, denen das Stichwort „Ein bezeichnender Briefwechsel“ vorgelegt ist. Auch wir finden diese Briefe nach mehr als einer Rührung für sehr lesenswert und geben sie deshalb in vollem Wortlaut wieder:

Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, Ortsgruppe Gattingen (Ruhr). Gattingen (Ruhr), 24. November 1925. Hr. Eggellenz Herr Generalfeldmarschall v. Hindenburg, Berlin.

Hundert deutsche Nationalsozialisten von Gattingen (Ruhr), Arbeiter der Faust und Stirn, beschwören Gm. Eggellenz, das Werk von Locarno nicht zu vollziehen. Nur ein kräftiges Nein kann dem deutschen Volk eine freie Zukunft bringen. Geben Sie Gott, daß Gm. Eggellenz den Kampf aufnimmt gegen den Pakt von Locarno, der ausgerechnet heute von denen am meisten gefördert wird, die den Namen Gm. Eggellenz vor der Wahl in der schändlichsten Weise in den Rot zogen; das können nicht die wahren Freunde des deutschen Volkes sein. Die Kampfpartei Gm. Eggellenz wird in Millionen den furor teutonicus wieder erwecken, der notwendig ist, um den wirklichen Reichsfeinden zu begegnen. Gm. Eggellenz ergebnisse Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, Ortsgruppe Gattingen (Ruhr).

gez.: Etterich, Robert.

Hierauf ging von dem Reichspräsidenten folgende Antwort ein:

Bureau des Reichspräsidenten. Berlin, 30. November 1925. Wilhelmstraße 73.

Ihre Eingabe vom 24. d. M. ist hier eingegangen und hat dem Herrn Reichspräsidenten vorgelegen. Ihr Inhalt ist durch die inzwischen erfolgte Vollziehung des Gesetzes über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durch den Herrn Reichspräsidenten gegenstandslos geworden.

Die in dem Begleitschreiben an Herrn Major von Hindenburg enthaltene Unterstellung, unmittelbar an den Herrn Reichspräsidenten eingekommene Eingaben würden von Beamten seines Bureaus pflichtwidrig unterdrückt, hat der Herr Reichspräsident als durchaus ungebührlich empfunden und mich beauftragt, dies Ihnen zum Ausdruck zu bringen.

gez.: Reichner, Staatssekretär.

Mit der Behauptung, daß dem Reichspräsidenten sowohl Besuche als auch Eingaben vorenthalten würden, geht Rudendorffs Presse schon seit langem freiben. Die deutliche Zurechtweisung, die nach Gattingen erteilt wurde, gilt eigentlich dem Oberpreussischen Rudendorff, dem langjährigen Freunde Hindenburgs!

### Fürstenabfindung im Rechtsausschuß.

Der Rechtsausschuß des Reichstags behandelte in seiner ersten Sitzung nach den Ferien am Donnerstag die zur Fürstenabfindung gestellten Anträge. Es liegen Anträge der Demokraten und der Kommunisten vor. Der Antrag Reich (Weber) verlangt eine Ermächtigung für die Länder, die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden Fürstenhäusern, soweit sie noch nicht stattgefunden hat, durch Landesgesetze unter Ausschluß des Rechtsweges zu regeln. Weiter sieht dieser Gesetzentwurf vor, daß eine Entschädigung auch durch Landesgesetz unter Ausschluß des Rechtsweges festgesetzt werden kann, wenn durch ein Landesgesetz eine Entschädigung ausgesprochen wird. Falls Landesgesetze bereits eine Entschädigung ausgesprochen, soll diese mit der Rechtskraft des Gesetzes wirksam werden. Bei der Festsetzung der Abfindungen ist der Bedarf der Ausgaben zu berücksichtigen, die durch Repräsentation, Theater und sonstige mit der Hofhaltung zusammenhängende Zwecke getragen wurden. Für Abfindungen während der Inflationszeit soll lediglich eine Aufwertung nach dem Aufwertungsgehalt erfolgen.

Die kommunistischen Anträge verlangen eine entschädigungslose Entschädigung der früheren Fürsten und Aussetzung aller jetzt bei den Gerichten schwebenden Prozesse bis zum Inkrafttreten einer reichsgesetzlichen Regelung.

Den Mitgliedern des Ausschusses wurde eine Namenge Material ausgedrückt über die nachbleibenden Herren von Hohenzollern, Mecklenburg-Strelitz usw. Der deutschnationale Abgeordnete Everling ließ u. a. ein Flugblatt verbreiten, in dem er im Namen der „Hochvertraulichen“ Verfassung von Weimar für die Bereicherung der Hohenzollern eintritt.

### 1. Kammerkonzert des städtischen Orchesters

Die Kleinereitschaft des großen Orchesters ist offenbar im Schwanden begriffen. Man hat sich an den unerlösten Tonstücken des Wagner- und Strausskonzerts nicht gekörnt. Der Zauber der Kammermusik, das heißt der für den kleineren Raum geeigneten, löst sich nicht, nachdem er sich ganz in Vergessenheit geraten war. Schon die Saugheit anderer materiellen Mittel zwingt uns zu dieser Einkehr. Aber es ist zugleich auch eine Stille. Der Kammermusik hat die Keigung in Gärten zu folgen: er ist also mit ständlichen Reizen in der Kälte das Auge, in der Nacht das Ohr bezaubert. Eine materialistisch gerichtete Zeit verlangt nach materiellen Genüssen, auch in der Kunst. Nicht zufällig sind die Meister der raffiniertesten Instrumentierung: ein Verbiz, Sigt, Wagner, Strauss gerade in der Periode der materialistischen Weltanschauung aufgetreten. Hülle, Deutsches, Braut war die Lösung in den Tagen, da das Industriekapital jugendlos auf der Straße lag.

Wir sind unglücklicher geworden. In einer Zeit, die dem „Aufbau“ gewidmet ist, achtet man von selber mehr auf die Konzentration in der Kunst als auf das Verwirrende. Die kleine und wichtige Kammermusik hat sich verloren, aber auch der Meister vor ihm, der Kammermusik der Gegenwart, hat uns auf eine neue und höher als je zuvor, höher viel höher als während der Herrschaft der jährländerischen Kammermusik Wagner und Strauss, in dem verschlagen. Und genau so, wie wir in der Architektur allen überflüssigen Ornament von der Form abstreifen, gehen wir in der Kammermusik auf die Linie zurück. Die Einzelstimmen werden wieder wesentlich wie bei den Kammermusikern von ehemals, die Hallhörner werden unterdrückt. Aus diesem Verdrängen ergibt sich die Verdrängung des Orchesters auf wenige Instrumentengruppen im Interesse der Durchsichtigkeit von selber.

Wir hatten uns der Kammermusik von Paul Hindemith im Rahmen eines Kammerkonzerts unter Otto Volkmanns Leitung verabschiedet. Aber man hat sich doch damals schon den Gedanken, daß diese Art von Kammermusik nicht so recht in ein Kammerkonzert paßt. Ein Kammerkonzert, das den Charakter des Kammerkonzerts nicht behält als die Kammermusik, will mehr aus der Höhe genossen sein. Es war also notwendig, daß man das Wilhelm-Theater für ein Kammerkonzert benutzte. Und siehe da, das Experiment hat sich vortrefflich bewährt. So gut, daß man sich nur wundern muß, wie selten das schon wieder für musikalische Aufführungen herangezogen wird. Die einzigen Bedenken sind, wenn man wirklich kammermusikalisch und nicht im Stil des vollen Orchesters hinhören will, günstiger als im Stadtheater.

Das Programm, das Generalmusikdirektor Walter Hasenauer hat, mußte leider keine mit ungewöhnlicher Re-

reitung. Ueber der Trio-, Quartett-, Quintettmusik, an der sich nur Streichinstrumente und Klavier zu beteiligen pflegen, verfährt man allzuleicht die Literatur für Musikant. Es gibt Werke von Brahms und Dvorjak, die man fast nie zu hören bekommt — von Mozart und Beethoven ganz zu schweigen. Häufig handelt es sich bei diesen Werken um Gelegenheitskompositionen, etwa für ein nächliches Ständchen — man denke nur an Mozarts „Kaffee-Terzette“. Auch die größten Meister haben sich nicht gescheut, den Fassung des Konzertrats abzulegen und sich in gemütsvoll-intimen Kleinformen zu ergeben. So etwas bedeutet Erholung für sie. Und erst recht für uns. Gars Gals, dem Namen und dem Gehalts, Trium, noch Clave, warzte mit einem „Divertimento“ auf, das die Bezeichnung „Unterhaltungsmusik“ voll auf verdient. Diese fünf löse aufgereichten Sätzen für acht Musikinstrumente, und so statt in der Form, daß sie sich im Konzertsaal Geltung verschaffen. Man freut sich immer, wenn man auch bei unsern Konzerten nicht nur einem chaotisch-anprungsollen Ausdruck der eigenen Persönlichkeit, sondern einer handfesten Form begegnet. Bei alledem verfährt der Komponist nicht der Allertümelei, sondern freit mit ernstlicher Bedacht — man braucht nur an die Einleitung des Schlußsatzes zu denken — die Effekte der amerikanischen Jazz-Band, die natürlich durchs ernst zu nehmen ist bei allem Hebrant.

Radi Stephan hat diesmal nicht für Musikant, sondern für „Saiteninstrumente“ geschrieben. Aber auch diese Beziehung ist ungewöhnlich. In dem üblichen Streichquintett (2 Geigen, Bratje, Cello, Kontrabaß) kommt hinzu Harpe und — Klavier. Man pflegt Klavier nicht unter die Saiteninstrumente zu rechnen, und tatsächlich erwies es sich, daß der Ton des modernen Flügels — im Gegensatz zu dem des alten Cembales — nicht immer mit dem der Streicher zusammengehen wollte, sondern bisweilen empfindlich herausfiel. Man macht übrigens dieselbe Erfahrung beim Klavierquintett. Trotzdem handelt es sich bei diesem Werke, das uns allzu früh Entziffernen — Stephan ist mit 2 Jahren in Russland gefallen — wie bei seiner Oper „Die ersten Menschen“, einer Kunst für Orchester“ und vor allem einem prächtigen Violin-Konzert, die hier zur Aufführung gelangt sind, um eine Persönlichkeit von durchaus eigener Prägung, die mit dem Streben nach neuer Form einen erlautenden Klangton verbindet. Es gibt in diesem zweifelligen, charakteristisch fast gegliederten Werke wie in seiner „Kunst für Geige und Orchester“ Stellen von begreifbarer Schönheit. Stephan, dessen Verzicht wir gar nicht genug beklagen können, scheidet alonal — und doch ist er von jenem Kalkül mit Begierde, das bei Hindemith oft so empfindlich fühl, durchaus frei. Er ist eine gesunde, innere Natur, so etwas wie ein Gottlicher. Er bereitet uns selbst da, wo ihm — etwa in den Gesangspartien der „Ersten Menschen“ — die Engländer der Unvollständigkeit aufstien.

Rieber hätte man sein Werk zweimal gehört, als das von Ernst Toch. Dieser junge Wiener gehört zum Kreis derer, die bei den Kammermusikfesten in Donaueschingen bekanntgeworden sind. Er hat sich mit seiner „Chinesischen Flöte“ ein hohes zu leicht gemacht. „Kammermusik für 14 Soloinstrumente und eine Sopranstimme“ nennt er sein Werk, das stilistisch schwer zu fassen ist. Es gibt ein leuchtendes Vorbild für diese Vertonung altchinesischer Lyrik: Gustav Mahlers „Lied von der Erde“. Und das verdient, das von diesem unjagbar herrlichen Stück ausgeht, verleiht die Nachbildung des Epigonen jeder zu läche. Doch hat sich an die Fassade gehalten, an die chinesischen Eigentümlichkeiten: er arbeitet auf lange Strecken mit unbegleiteter Singstimme, mit homophonem, das heißt nur einmütigem Orchester, und mit vollständig verwendeten Schlagzeug. Aber mit Trommeln, Gongschlägen, Klopffongelapper ist das nicht auszubilden, was in den Zeilen dieser selbstman müden Poesie eines uralten, kulturell wie kein andres gefestigten Volkes steht und was Mahler so reizlos eingefangen hat, daß es alle Fremdsicht verliert und alle nationalen Schwächen vor ihm fallen. Am ehesten gelang Toch etwa das 4. Stück, das anfängt:

Katte in meinem Hirn,  
Du fürchterliches Geschöpf!  
Zernge nicht mein junges Hirn, grausames Tier,  
Zerstöre mich nicht ganz!

Aber dem letzten:

Der Glut des Sommers folgt des Herbstes Kühle,  
Dem Schneefeld folgt des Lenzes Blumenbeet  
Hieb er trotz eines langen Orchesterhappels so gut wie alles schuldig.

Bed liegt es, moderne Konzerte mit einem klärrischen Stück abzuschließen. Es war diesmal nicht nötig, denn das Programm war so schon reichlich lang. Und die Serenade für Streichorchester von Mozart nahm sich nach der „Chinesischen Flöte“ allzu verabschieden und — allzu gebiegen und wertvoll aus. So ward der arme Toch zwischen zwei Mühlsteinen, zwischen Mozart und Mahler, zermalmt.

Am die Ausführung machte sich neben Bed, dem die Moderner weitlich besser gelangen als Mozart — für dessen heimliche Zartheiten ihm nun einmal das Organ fehlt — Gertrud Zuretd-Dippner verdient, die mit schlichter Klarheit und Innerlichkeit und ohne alle Unarten des Robiums die drei Weisen aus der „Chinesischen Flöte“ wiedergab. Auch die Mitglieder des städtischen Orchesters, die zur Instrumentalausführung herangezogen waren, zeigten viel Eifer und Hingebung; nur von den Holzbläsern sprach die Flöte und die Oboe nicht weit genug an. Der dankbare Beifall des Publikums, das noch zahlreicher hätte erscheinen dürfen, wird dem Orchester ein Ansporn sein, auf diesem Wege fortzufahren.

Der Ministerialdirektor im preussischen Finanzministerium, Erzhropel, teilte mit, daß der Vertrag mit den Hohenzollern vom 12. Oktober 1925 dem preussischen Staatsrat wegen der jetzigen Verhandlungen im Reichstag noch nicht zugegangen sei. Das Abkommen bezieht sich auf 14 Familien der Hohenzollern mit 42 Familienangehörigen, und der preussische Staat habe nach dem Vertrag

### Werte von 184 Millionen

Goldmark an die Hohenzollern auszubringen. Außerdem seien von Preußen noch 2.640.000 Mark jährliche Pensionen an ehemalige Hofangehörige zu bezahlen. Auf Anfrage muß der Regierungsdirektor zugeben, daß der Betrag dieser 184 Goldmillionen die Veranlagungen zum Wehrbeitrag 1913 zum größten Teil zugrunde liege. Mit der Familie Friedrich Leopold von Hohenzollern sei ein besonderes Abkommen getroffen.

Finanzrat Franz vom preussischen Finanzministerium hält dann einen fast zweistündigen Vortrag über Friedrich Wilhelm I., Friedrich den Großen und das Allgemeine preussische Landrecht, über Domänenangelegenheiten, die preussische Verfassung vom 31. Januar 1850, über Schloß, Burgen, Galerien, Kirchen, über Hohenzollerische Töchter und Söhne, Neffen und Nichten, Tanten und Onkel, über Leopold Sigismund, Ostara, Heinrich, über ein Jagdschloß Sawark, ein Familienheimatmuseum Platon-Krojanke. Hochachtung vor Wilhelm und seine Ahnen, daß sie durch Fleiß und Sparsamkeit auf

### 80 Schlösser und Parks,

50 Kapitalienfonds, 38 Land- und Forstbesitze und weitere 108 Kulturdenkmäler gebracht haben. Mitteilungen über Wilhelms Einkünfte aus seinen durch den Erzfeind gemachten Filmaufnahmen wurden nicht gegeben.

Der deutsche nationale Thüringische Finanzminister Klüschner wünscht eine Regelung der Fürstenabfindungen durch das Reich für die Länder, da die bisherigen Abfindungen in Thüringen der schweren Notlage des Volkes nicht Rechnung tragen. Der Finanzminister berichtete dann im einzelnen über den bekannten unerhörten Verrechnungsfall der Thüringisch-englischen Fürstenfamilie. Die Anfrage des Abg. Rosenfeld (Soz.), ob gegenwärtig wegen der Fürstenabfindung 25 Reichsmark in Thüringen anhängig seien, wird bejaht. Die Durchführung eines einzigen größeren Prozesses würde 4 Millionen Goldmark Kosten verursachen.

Dem Thüringischen Finanzminister werden in den weiteren Sitzungen ein halbes Duzend Länderminister folgen mit Vorträgen über die höchstseligen und lebendigen deutschen Fürsten, denen die Republik als Zeichen der Dankbarkeit Millionen über Millionen geben soll. Der Ausschuß beschloß, für die nächste Sitzung am Freitag den preussischen Finanzminister einzuladen, der vor allem über die jetzige Auffassung der preussischen Staatsregierung in der Frage der Fürstenabfindung berichten soll.

## Fünfundzwanzig Fürstenprozesse.

Die Notwendigkeit einer reichsgerichtlichen Fürstenabfindung wird am besten durch die 25 zwischen dem Freistaat Thüringen und den sieben ehemaligen Thüringischen Herzögen laufenden Prozesse bewiesen. Selbst die Thüringische „Ordnungsblättern“-Regierung hat sich außerstande erklärt, ohne den Erlass eines Reichsgerichtes die ungeheuerliche Last der Fürstenprozesse oder gar die durch die deutsche Rechtsprechung ihr auferlegten Leistungen zu tragen.

Das tollste Stück an Abfindungsforderung hat sich zweifellos die Gpliche des kürzlich verstorbenen Fürsten Günter von Sonderhausen, der zugleich auch „Regent“ von Schwarzburg-Rudolstadt war, geleistet. Durch einen juristisch einwandfreien Auseinandererkennungsvertrag vom 7. Januar 1919 hatte Fürst Günter das sogenannte „Kammergut“ dem Staate übergeben: gegen die Auszahlung einer jährlichen Rente von 210.000 Mark. Der Vertrag war seinerzeit nach mit der früheren Regierung und dem ehemaligen Landtag, in dem unter 12 Abgeordneten ein einziger Sozialdemokrat saß, abgeschlossen worden.

Trotzdem beschritt der Fürst den Klageweg und erreichte die Ungültigkeitserklärung des Vertrags durch das Landgericht Erfurt wegen „Verstoßes gegen die guten Sitten“. Kurz vor seinem Tode übereignete er seine Rechtsansprüche an die Fürstin-Witwe und an den sogenannten „Agnaten“ Prinz Sizzo, die nunmehr die Prozesse des verstorbenen Fürsten fortführen und die Klage des gesamten „Kammergutes“ verlangen. Diese Ungeheuerlichkeit hat in Thüringen selbst in den Kreisen der Regierungsanhänger größte Erregung ausgelöst. Zwei neue Klagen des Prinzen Sizzo sind der Ordnungsblättern-Regierung erst in den letzten Tagen zugestellt worden, so daß sich die Anzahl der Thüringischen Fürstenprozesse damit auf 25 erhöht hat, von denen die Durchführung eines einzigen etwa eine halbe Million Mark an Kosten verursacht.

## Schwarzweizer Wechselandal.

Lübeck, der kleinste Freistaat der deutschen Republik, steht im Zeichen eines väterländischen Skandals. Die Kriegervereine und väterländischen Verbände, die unter der Führung von einem halben Duzend pensionierter Generale früher hier die Öffentlichkeit beherrschten, wurden in den letzten zwei Jahren von dem mächtig anwachsenden Reichsbanner mehr und mehr an die Wand gedrückt.

Um ihre Stellung zu behaupten, kauften sie ein großes Billengrundstück in der vornehmsten Gegend und errichteten hier ein „Gimdenburghaus“ als Zentrum aller schwarzweizerischen Monarchisten. Mit der Einföhrung der für Erwerb und Verkauf nötigen Mittel haperie es aber von Anfang an. Die „Kameraden“, die ihre Opferbereitschaft nach außen hin nicht laut genug rühmen konnten, blieben ihre Pflichtbeiträge fortgesetzt schuldig, so daß man bereits nach einigen Monaten vollkommen feil war. Damals half man sich mit der Gründung einer fremden nationalen „Ganzjahresbank“. Trotz der eifrigsten Klame starb diese aber bereits im zarten Alter von zwei Monaten eines jämmerlichen Todes.

Zimmerhü wurde der Bau fertig, die Einweihung aber verlief in recht gedrückter Stimmung. Dem Führer der väterländischen Verbände, General von Wögen, dem Vater des jungen Offiziers, der durch seinen Heiratschwindel mit einer schönen Kaufmännin kürzlich von sich reden machte, entfuhr in der Weibrede der Stojenpfer, wieviel besser es doch um die „nationale Sache“ bestellt sei, wenn die Kameraden nur einen kleinen Teil der Opferbereitschaft aufbringen könnten, der bei den Gewerkschaften selbstverständlich sei. Jetzt listete sich das Geheimnis. Das stolze Gimdenburghaus ruht auf der soliden Basis falscher Wechsel. Die Bauhandwerker wurden mit Wechseln bezahlt, die die Unterzeichneten einer bekannten schwarzweizerischen Persönlichkeit trugen. Jetzt kommen die Wechsel zurück. Da erklärt der Landesverband der Kriegervereine laut lächelnd, diese Wechsel gehen uns gar nichts an, denn jahungsgemäß gelten nur Wechsel mit zwei Unterschriften.

Eine große Anzahl kleiner Handwerksmeister und Bauhandwerker suchen jetzt verzweifelt nach dem, der ihnen diese erblühten Wechsel honoriert. Einzelne stehen bereits am Rande des Bankrotts. Sie sollen vor Kummer und Gram schon beträchtlich von Schwarz und Rot eingeblutet haben und sehr blaß geworden sein.

## Die neue Moskauer Zentrale.

Das auf dem Parteitag der bolschewistischen Partei neu gewählte Zentralkomitee hat sich am 2. Januar nach Abschluß des Parteitags konstituiert. Wie gewöhnlich, wurde in der ersten Sitzung die Wahl der Mitglieder des Politischen Bureau

vorangemittelt. Dieses ist, wenn nicht juristisch, so doch faktisch in Rußland die oberste Instanz, da alle wichtigen politischen Entscheidungen nur in diesem Kreise gefällt werden. Dieser Wahl kommt deshalb nach den heftigen und leidenschaftlichen Kämpfen, die ihr vorangegangen sind, eine besondere Bedeutung zu. Gewürden zu Mitgliedern des Politischen Bureau gewählt: Bucharin, Woroschilow, Sinowjew, Kalinin, Molotow, Nylow, Tomski und Trozki; zu Ersatzmitgliedern Dzerinski, Petrowski, Ulianow und Ramenew.

Auf dem Parteitag hatte Stalin, der maßgebende Leiter der russischen kommunistischen Partei, erklärt, daß die eigentlichen Differenzen im Politischen Bureau in dem Augenblick entstanden seien, als Sinowjew und Ramenew den Ausschluß Trozki aus der Partei verlangten. Bekanntlich ist Trozki, trotz des heftigen Drängens Sinowjews, nicht nur nicht aus der Partei ausgeschlossen, sondern im Gegenteil nach einem verhältnismäßig kurzen „Erholungsurlaub“ in Kaufman nach Moskau zurückberufen worden, um dort als Leiter des Konzeptionskomitees und einer der Hauptarbeiter des Obersten Volkswirtschaftsrates eine sehr maßgebende Stellung im russischen Staatsapparat sofort wieder zu erhalten.

Jetzt ist auf dem ersten Parteitag, der auf die Debatte mit Trozki folgte, einer seiner Hauptgegner, Ramenew, nicht mehr zum Mitglied des Politischen Bureau gewählt, sondern nur noch zum Stellvertreter. Darin kennzeichnet sich deutlich die Veränderung der politischen Situation in Rußland. Trozki, der den Trozkismus offiziell verneint hat, entwickelt sich die russische Politik doch in der von Trozki schon vor einem Jahre gewünschten Richtung. Offiziell sind die Personalveränderungen bei der diesmaligen Wahl des Zentralkomitees gering und es ist anzunehmen, daß die Mehrheit des Zentralkomitees nach ihrem starken Erfolge auf dem Parteitag Maßregelungen nach Möglichkeit vermeiden wird. Mit Ausnahme einer Veränderung in der Leitung der Leningrader „Pravda“ dürfte eine Wahrscheinlichkeit in den entscheidenden Stellungen formell alles beim Alten belassen. Tatsächlich hat sich aber das Schwerk Gewicht innerhalb des Zentralkomitees vom linken auf den rechten Flügel verschoben.

Sinowjew selbst auszuschiffen, hat der Parteitag sicher mit Rücksicht auf seine Stellung in der kommunistischen Internationale für inopportun gehalten. Es wird aber ganz von Sinowjews weiterem Verhalten selbst abhängen, ob es ihm gelingt, seine Stellung wenigstens nach außen hin zu behaupten. Eine Möglichkeit für ihn, seinen oppositionellen Kurs durchzusetzen, erscheint so gut wie ausgeschlossen. Höchstens eine weitere Verschärfung der bedrohlich sich verhaltenden Wirtschaftskrise in Rußland, ein weiteres Anwachsen der ungeheuren Arbeitslosigkeit könnte dazu führen, daß die jetzt abgeschlossenen Debatten neu aufleben würden. Aber auch dann ist der Sieg der gemäßigten Richtung von vornherein sicher und ein neuer Vorstoß der linken Opposition könnte, das zeigt das Ergebnis des abgeschlossenen Parteitags deutlich, nur damit enden, daß auch formell die Führer dieser linken Opposition von ihren maßgebenden Stellen entfernt würden.

Im übrigen wird man abwarten müssen, wie weit im Staatsapparat selbst im Verlauf der nächsten Monate Veränderungen Platz greifen werden. Sicher wird Trozki Stellung, der auf dem letzten Parteitag sich in kluger, berechneter und offenbar mit Stalin verabredeter Zurückhaltung verhielt, weiter gestärkt werden.

## Die Sou-Steuer.

Die französischen Industriellen wollen das deutsche Beispiel der Verbrauchssteuer mit aller Gewalt nachahmen. Daher verhalten sie sich jetzt mit Wonne die Notwendigkeit eines Ausbaues der indirekten Steuer. Sie haben ziemlich freies Feld in der Verhängung neuer Gedanken und in der Hoffnung auf deren Ausführung, weil die Erkrankung des französischen Finanzsystems (das Budget für 1925 wies am 31. Dezember nach ein Defizit von über 4 Milliarden auf, obwohl sich sechs Finanzminister um dessen Ausgleich bemüht hatten) neuen Heilkünstlern leichter Gehör zu schenken geneigt ist als in besseren Zeiten.

Die Rechte läuft mit einer sehr einfachen Beweisführung Sturm. Das gegenwärtige System besteht für sie darin, einige zehntausend Steuerpflichtiger zu belasten, während Millionen Menschen fast steuerfrei umherlaufen. „Ungerecht, verrückt und unwirksam“ nennt das Revival-nationalistische „Echo de Paris“ diese Methode. Denn alle Franzosen müßten zur Besteuerung herangezogen werden, und das könne nur durch indirekte Steuern geschehen, da man am Verbrauch der Waren den Reichtum der Steuerpflichtigen besser messen könne als an einer Selbstangabe der jährlichen Einkommenshöhe. Für einen steuerwilligen französischen Durchschnittsbürger leuchtet dieser Vorschlag deshalb besonders ein, weil es kein Land in Europa gibt, in dem schon seit Jahrzehnten so viel Steuerbetrag vorkommt wie in Frankreich.

Zur Heranziehung des gesamten französischen Volkes zu den Steuern schlägt die Rechte den „Sou des Franken“ vor. Der Sou ist im Volksmund ein halber Groschen, also 5 Centimes. Jede Zahlung von einem Franken soll mit 5 Centimes für den Staat belegt werden. Es müßten dazu besondere Steuermarken à 1 Sou geschaffen und diese dann auf die Rechnungen, auf die verkauften Gegenstände oder auf das Einschlagpapier geklebt werden. Natürlich soll der Käufer die Marke bezahlen. Da die Warenumsatzsteuer, die 1,3 Prozent zurzeit beträgt, 5 Milliarden im letzten Jahr erbrachte, könnte eine fünfprozentige allgemeine Warensteuer ungefähr 20 Milliarden erbringen. Dazu muß ferner gerechnet werden, daß die Kaufleute und die Landwirte von der Warenumsatzsteuer nicht betroffen werden (70 Prozent der französischen Bevölkerung ist Landbevölkerung), so daß man schon auf etwa 30 Milliarden rechnen kann. Am 29. Dezember hatte die Kammer eine außergewöhnliche und zeitweilige Steuer auf alle Zahlungen“ genehmigt, deren Einzelheiten durch Dekret festgelegt werden sollen. Gehen Frankreichs Finanzen weiter schlecht, so haben wir hierin bereits den Beginn der Sou-Steuer zu sehen.

Was aber wären die Folgen davon? Eine allgemeine Preiserhöhung, die das Glend der Arbeiter auf die Spitze treiben würde. Denn der Käufer fragt nicht viel danach, wenn er das Geld zu geben hat, ob nur dem Verkäufer, dem Staat, sondern in wieviel er ausfällt. Selbst wenn man Brot und Getreide steuerfrei halten wollte, so würde doch eine derartige Preiserhöhung folgen, daß vielleicht bald selbst den Erfindern dieser teuflischen Gedanken angst und bange würde. Ihnen kommt es, wie sie offen zugeben, darauf an, den Moment zu ergreifen, um sich den direkten Steuern möglichst ganz zu entziehen. Sie betrachten ihr Geld über die Grenze und verwenden es dort weiter, um nur das notwendige im Lande zu halten. Die französischen Arbeiter, deren Löhne im Verhältnis zu den Preisen dauernd sinken, würden zu dem völligen Glend ausgeliefert. R. B.

## Notizen.

Aus dem Rechtsausschuß. Der Rechtsausschuß des Preussischen Landtags beschloß am Donnerstag, daß künftig auf je 300 Gefangene des gleichen Gefängnisses ein Geisteskranker und ebenso auf je 300 Strafgefangene ein Behrter hauptamtlich zu ernennen ist. Ganz besondere Sorgfalt soll in Zukunft der Auswahl und Ausbildung der Ärzte zu gewidmet werden. Neben einer Ausbildung auf allen Gebieten der praktischen Medizin wird besonders eine vertiefte Ausbildung in der Psychiatrie (Seelenheilunde) verlangt werden. Außerdem sollen die Gefängnisärzte besonders hochwertige Menschen sein, um den schwierigen Verhältnissen in den Strafanstalten gerecht zu werden. Beschlossen wurde ferner eine Gehaltserhöhung für die nebenamtlichen Anstaltsgeistlichen, Ärzte und Lehrer. Außerdem wurde ein Beschluß gefaßt, die Einzelhaft nicht über ein Jahr ohne Zustimmung der Gefangenen auszudehnen.

Angenommene Wirtschaftsverträge. Der Reichsrat nahm am Donnerstag das vorläufige Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Spanien an. Das Gesetz soll einen Tag nach seiner Verkündung mit der Maßgabe in Kraft treten, daß ihre rückwirkende Kraft vom 18. November 1925 ab beilegt wird. In dem Handelsabkommen verpflichteten sich die beiden Kontrahenten, die Verhandlungen fortzusetzen, um möglichst bald ein dauerndes Abkommen fertigzustellen. Außerdem wurde der deutsch-holländische Wirtschaftsvertrag genehmigt.

Provinzanleihen. Die Verwaltung der Provinz Schleswig-Holstein plant die Aufnahme eines Auslandskredits in Höhe von 50 Millionen Mark. Davon sollen 35 Millionen Mark der Landwirtschaft zugute kommen. Ein ähnlicher Plan wurde kürzlich in der Provinz Pommern erörtert, wo man ebenfalls einen Auslandskredit in Höhe von 50 Millionen Mark aufzunehmen beschloß, von dem 35 Millionen der Landwirtschaft und 15 Millionen der Industrie zugute kommen sollen. Es ist anzunehmen, daß sich die Kontrollstelle derartige Auslandskredite, die höchst einseitig verwendet werden sollen, genauer ansehen wird.

Tritt Am Behnhoff zurück? Von einer Berliner Korrespondenz wird der bevorstehende Rücktritt des preussischen Justizministers Am Behnhoff gemeldet. Wichtig ist, daß Herr Am Behnhoff schon seit längerer Zeit bettlägerig ist und die Ausschüßen auf eine baldige Heilung der rheumatischen Krankheit sehr gering sind. Es ist auch kein Geheimnis, daß gerade deshalb sowohl aus den Kreisen der preussischen Zentrumsfaktion als auch von der Sozialdemokratie verchiebentlich der Wunsch nach seinem Rücktritt geäußert wurde. Angenommen bleibt, daß er bald erfolgt. Aus Kreisen, die dem preussischen Justizminister nahe stehen, erfahren wir aber, daß der Justizminister selbst für seine Demission einen bestimmten Termin vorläufig noch nicht in Aussicht genommen hat.

Der vergessene Antrag. In der Donnerstag-Sitzung des Thüringischen Landtags ergab sich wieder einmal, wie unter der kommunistischen Partei parlamentarisch gearbeitet wird. Die kommunistische Fraktion hatte im Kleinsten Ausschuß die Forderung erhoben, einen von ihr am 21. Februar 1924, also vor fast zwei Jahren, gestellten Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungs-ausschusses wegen der Geseklichkeit der Maßnahmen der Reichswehr in Thüringen endlich auf die Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung zu setzen. Der Präsident des Landtags, den der Ordnungsbund stellt, hatte das bis heute unterlassen, die kommunistische Fraktion hatte ihren Antrag verschlafen.

Nicht Erzbergmäder. Der unter Verdacht des Mordes an Erzberger in Bad Nüsse verhaftete vermeintliche Heinrich Schulz hat nunmehr angegeben, mit seinem richtigen Namen Heinrich Bogt zu heißen. Er sei Mitglied eines Geheimbundes in Deutschland, stehe aber dem Mord an Erzberger vollkommen fern. Infolge eiblicher Verpflichtung könne er über seine persönlichen Verhältnisse keine weiteren Auskünfte erteilen.

## Depeschen.

### Brügelnde Galantkrensler.

Berlin, 8. Januar. (Radio.) Gestern abend zogen Nationalisten nach einer Versammlung in einem großen geschlossenen Trupp durch die Chausseestraße und pöbelten Passanten an. Es kam zu einem Handgemenge, das erst durch Einschreiten der Polizei, die von ihren Gummiknüppeln Gebrauch machte, beigelegt werden konnte. Dabei fielen der Polizei Eisenstücke, Gummiknüppel, Schutzmasken und Schlagringe in die Hände. Einige der Brügelhelden wurden verhaftet.

### Anhalt hat Kredit.

Wb. Dessau, 8. Januar. In der heutigen Landtagssitzung teilte Ministerpräsident Deit mit, daß es dem Staatsministerium während der letzten Tage des alten Jahres gelungen sei, in Berlin durch Vermittlung des Hamburger Bankhauses Warburg eine 2,5-Millionen-Anleihe langfristigt zu 7 Prozent bei einem Auszahlungskurs von 91,35 abzuschließen. Ferner gelang es, langfristigt für die Salzwerke 8 Millionen aus der Ratanleihe und 1 Million von der Reichsversicherung zu erhalten. Damit seien die kurzfristigen Schulden des Staates konsolidiert, dessen Abschluß kein Defizit und dessen Haushalt keinen Fehlbetrag aufweise. Das Vermögen des Staates betrage 250 bis 300 Millionen.

### Unabhängigkeit über Unterang.

Wb. Paris, 8. Januar. Wie „New York Herald“ aus Kairo meldet, hat Sultan Akrasch in seiner Rede erklärt: Die Drusen kennen die Stärke Frankreichs, aber sie sind darauf vorbereitet, bis zum bitteren Ende zu kämpfen. Die arabischen Nationalisten sind entschlossen, die bedingungslose Unabhängigkeit Syriens zu erkämpfen oder ehrenvoll unterzugehen.

### Rücktritt des Präsidenten von China.

Wb. Peking, 8. Januar. Der Präsident von China, Yuan Shikai, richtete gestern nacht ein Rundtelegramm an die Provinzen, in dem er seine Absicht kundgibt, am 15. Januar von seinem Amte zurückzutreten.

### Die Wirren in China.

Wb. London, 8. Januar. „Daily Chronicle“ zufolge sind die amtlichen Kreise in London durch die Nachricht, daß Fengshuang nach Rußland abgereist sei, unangenehm berührt, da man befürchtet, daß die von ihm bisher befehligten drei Armeen wahrscheinlich selbständig handeln würden, was zu einem Chaos führen könnte, in dem schließlich die Extremisten triumphieren würden, die dann vielleicht sogar Peking bedrohen könnten.

Die „Times“ meldet aus Peking: Die gegenwärtige Lage in China erinnert an die vor dem Ausbruch von Wirbelstürmen und Erdbeben eintretenden anomalen atmosphärischen Erscheinungen. In der Hauptstadt befindet sich zurzeit keine Regierung. Hervorragende Führer, wie Fengshuang, Yuan Shikai und Chiang-kollan haben erklärt, daß sie sich von öffentlichen Leben zurückziehen. Peking ist still wie ein Grab. Niemand hat die geringste Vorstellung von dem, was sich in der Ruhe vorbereitet. Die Tarifkonferenz hat ihre Arbeiten eingestellt. Der Berichterstatter weist auf die Ohnmacht der Regierung hin, und bemerkt, daß auch die Anhänger der Kuomintang-Bewegung (Nationalarmee) nicht stark oder einzig genug seien, um eine ihre Gedanken vertretende Regierung zu bilden. Sie werden alle gezwungen sein, sich an Wupeifu, Sunfengshang und Lianggangliu zu wenden, um eine Militärkoalition zu bilden, die die Überwindung einer verfassunggebenden Versammlung durchzuführen werde.

### Der Kampf gegen die deutschen Schulen.

Wb. Prag, 8. Januar. Seit 1918 wurden in der Tschechoslowakei 300 deutsche Schulen mit 3768 Klassen aufgeführt. Der Gesamtunterricht des deutschen Schulwesens beträgt ein Viertel seines ursprünglichen Standes.

# Die Zeit der niedrigsten Preise!

# Inventur- Ausverkauf

## Enorme Warenposten

aus fast allen Abteilungen bringe ich nach beendeter Inventur-Aufnahme

## zu bedeutend ermäßigten Preisen

zum Verkauf

Außerdem noch andere vorteilhafte Extra-Angebote

**! Verkauf soweit Vorrat reicht !  
! Mengenabgabe vorbehalten !**

## Restposten Winter-Trikotagen und Wollwaren

<b>Herren-Hemden</b> wollgemischt mit Doppelbrust, angebraut, Größe 4 u. 5 . . . . . <b>2.25</b>	<b>Herren-Jacken</b> wollgemischt mit langem Arm jede weitere Größe 15 Pfg. mehr, Größe 4 . . . . . <b>2.45</b>	<b>Damen-Korsettschoner</b> stark gestrichelt, in ungebleicht, ohne Arm, alle Größen . . . . . <b>95</b>	<b>Damen-Schlupfhosen</b> Baumwolle, in farbig . . . . . <b>90</b>
<b>Herren-Hemden</b> wollgemischt mit Doppelbrust, Größe 4 . . . . . <b>2.50</b>	<b>Herren-Jacken</b> pr. wollgem., schwere Qual., m. lang. Arm jede weitere Größe 35 Pfg. mehr, Größe 4 . . . . . <b>2.75</b>	<b>Damen-Korsettschoner</b> stark gestrichelt, alle Größen, mit lang. Arm 1.45 mit vierter Arm . . . . . <b>1.15</b>	<b>Damen-Schlupfhosen</b> Baumwolle, schwere Qualität, in farbig, mit Volant . . . . . <b>2.75</b>
<b>Herren-Hemden</b> Ia. wollgemischt, gute Qual., m. Doppelbrust Größe 6 3.75, Größe 5 3.50, Größe 4 . . . . . <b>3.25</b>	<b>Herren-Garnituren</b> Jade und Hohe Baumwolle, in farbig, Größe 4 u. 5 . . . . . <b>3.95</b>	<b>Damen-Untertailen</b> ungebleicht, stark gestrichelt, alle Größen, mit 1/2 Arm 1.60, mit 3/4 Arm 1.80, ohne Arm . . . . . <b>1.05</b>	<b>Damen-Hosen</b> wollgemischt, offen, jede weitere Größe 45 Pfg. mehr . . . . . <b>3.10</b>
<b>Herren-Hosen</b> Ia. wollgemischt, gute Qualität, jede weitere Größe 15 Pfg. mehr, Größe 4 . . . . . <b>2.50</b>	<b>Knaben-Hemdosen</b> wollgemischt, Größe 60-90 . . . . . <b>1.60</b>	<b>Damen-Untertailen</b> Trikot, mit angebraut, Futter, alle Größen, mit langem Arm 3.30, ohne Arm . . . . . <b>2.20</b>	<b>Damen-Hemdosen</b> weich gestrichelt, ohne Arm, Größe 4 und 6 2.20, Gr. 4 . . . . . <b>1.65</b>
<b>Herren-Hosen</b> grau, Trikot mit weißem angebrautem Futter, jede weitere Größe 40 Pfg. mehr, Größe 4 . . . . . <b>3.00</b>	<b>Kinderspringhöschen</b> Trikot m. angebraut. Futter, jede weite Gr. 30 Pfg. mehr, Gr. 40 . . . . . <b>1.90</b>	<b>Damen-Jacken</b> wollgemischt, schwere Qualität, jede weitere Größe 80 Pfg. mehr, Größe 4 . . . . . <b>2.80</b>	<b>Damen-Tailen</b> wollgemischt, schwere Qualität, alle Größen, mit 1/2 Arm 2.45, mit 3/4 Arm 1.65, ohne Arm . . . . . <b>1.75</b>

## Zu ganz gewaltig ermäßigten Preisen

<b>1 Posten Garnituren</b> Größe 5 4 3 2 1 <b>7.25</b> Sweater, Schal und Mütze in Wolle 12.75 10.75 9.75 8.95	<b>1 Posten wollene Kopfschals</b> in schwarz, weiß und schwarz mit farbig . . . . . <b>1.00</b> 1.65 1.10	<b>1 Post. farb. Herren-Fasson-Westen</b> mit und ohne Kermel, in Größen sortiert . . . . . <b>5.50</b> an
<b>1 Posten Garnituren für Damen</b> Schal und Mütze, in weiß und farbig . . . . . <b>3.50</b> 5.00	<b>1 Posten Damen Flauschmützen</b> gleiche Form und schöne Farben . . . . . <b>2.25</b> 3.50 2.85	<b>1 Posten farbige Kinder-Mäntelchen</b> Größe 44-55 . . . . . <b>zu fabelhaft billigen Preisen</b>

**Kinder-Strümpfe** Baumwolle, **85**  
KX1 gestrichelt, starke Qualität, Größe 1 in schwarz  
jede weitere Größe 10 Pfg. mehr

**Kinder-Strümpfe** reine Wolle, **95**  
KX1 gestrichelt, weiche Qualität, in schwarz und leberfarbig, in jeder Größe 1  
jede weitere Größe 30 Pfg. mehr

**Kinder-Strümpfe** reine Wolle, **1.35**  
KX1 gestrichelt, halbbare Qualität, in schwarz und leberfarbig, in jeder Größe 1  
jede weitere Größe 30 Pfg. mehr

## Extra preiswerte Strümpfe

<b>Damen-Strümpfe</b> schwarz, Ferse und Spitze verstärkt <b>35</b>	<b>Damen-Strümpfe</b> Baumwolle, schwarz u. farbig, Ferse und Spitze verstärkt <b>60</b>
<b>Damen-Strümpfe</b> Baumwolle, gute Qual., schwarz u. leberfarbig, mit Doppelsohle und Hochferse <b>75</b>	<b>Damen-Strümpfe</b> Kunstseide, mit kleinen Fehlern, Doppelsohle und Hochferse <b>95</b>
<b>Prima Mako-Strümpfe</b> gute Qual., mit Naht, Doppelsohle u. Hochferse, in schwarz <b>1.95</b>	<b>Prima Seidenflor-Strümpfe</b> flares Gewebe m. Naht, Doppelsohle u. Hochf. <b>1.95</b>
<b>Damen-Strümpfe</b> reine Wolle, gewebt ohne Naht, Doppelf. u. Hochferse in schwarz <b>2.50</b>	
<b>Der elegante Knopfloch-Strumpf</b> Marke "Dytona" prima Seidenflor, besonders hochwertige Qualität, mit Naht, Doppelf. u. Hochferse, Früh. Preis 3.50, jetzt <b>2.75</b>	<b>Damen-Strümpfe</b> meine Spezial-Markte "Gulda" prima Seidenflor mit dreifachem Rand, mit Naht, Doppelsohle und Hochferse, großes Farbensortiment früherer Preis 3.50, jetzt <b>2.95</b>
<b>Damen-Strümpfe</b> Seide, mit Naht, Doppelsohle und Hochferse, gute Qualität, in bunt <b>2.95</b>	<b>Damen-Strümpfe</b> flor mit Seide, mit Naht, Doppelsohle und Hochferse <b>4.25</b>

**Herren-Socken**

**Herren-Socken** grau gestrichelt **45**

**Herren-Socken** Seidenflor, mit kleinen Fehlern **70**

**Herren-Socken** starke Qualität, KX1 gestrichelt **75**

**Herren-Socken** reine Wolle, gestrichelt, besonders weiche Qualität **1.50**

**Herren-Socken** reine Wolle, KX1 gestrichelt, besonders weiche halbb. Qual. **1.95**

## Restposten in Handschuhen für Damen, Herren u. Kinder

<b>Dam.-Trikothandschuhe</b> innen geräumt, schwarz und bunt und weiß, mit warmer Rezipie <b>75</b>	<b>Damen-Handschuhe</b> gestrichelt, mit bunter Manjette <b>1.40</b>	<b>Kinder-Handschuhe</b> Trikot, gute Qualität <b>95</b>	<b>Herren-Trikothandschuhe</b> innen geräumt, in bunt und schwarz . . . . . <b>95</b>
<b>Dam.-Trikothandschuhe</b> innen geräumt, in schwarz, weiß und farbig, zum Ausstapfen <b>95</b>	<b>Dam.-Trikothandschuhe</b> m. Manjette, jäh. Qual., schwarz u. weiß, Stern <b>1.50</b>	<b>Kinder-Handschuhe</b> reine Wolle, mit weißem Rand, gute Qual <b>1.25</b>	<b>Herren-Handschuhe</b> Wolle, gestrichelt, starke Qualität . . . . . <b>1.65</b>
<b>Damen-Handschuhe</b> reine Wolle, gestrichelt, in schwarz, weiß u. farbig <b>1.20</b>	<b>Kinder-Fäustel</b> reine Wolle Gr. 1 55, Gr. 2 50, Gr. 3 45, Gr. 4 <b>40</b>	<b>Kinder-Handschuhe</b> reine Wolle gute Qualität, Größe 5 u. 6 1.40, Größe 2 u. 4 <b>1.25</b>	<b>Herren-Handschuhe</b> reine Wolle, gestrichelt, gute Qualität . . . . . <b>2.25</b>

## Baumwollwaren ≡ extra billig ≡ Kleiderstoffe

<b>Hemdentuch</b> gute Seidequalität . . . . . Meter 1.10 1.00 85 75 60 <b>50</b>	<b>Gestr. Hemdenbarchent</b> Meter 85 65 <b>65</b>	<b>Hauskleiderstoffe u. Velour</b> Meter 1.25 1.00 75 <b>60</b>	<b>Schotten und Streifen</b> große Auswahl . . . . . Meter 4.00 5.15 1.75 1.10 <b>75</b>
<b>Renforcé</b> vorzügliche Doppelsohle . . . . . Meter 1.00 85 60 <b>70</b>	<b>Weiß Körperbarchent</b> Meter 1.35 100 <b>85</b>	<b>Cheviot</b> reine Wolle Meter 2.75 2.35 1.75 <b>1.50</b>	<b>Popeline</b> reine Wolle, aparte Farben . . . . . Meter 3.60 3.00 <b>2.25</b>
<b>Lakenstoffe</b> in Doublet und Single Meter 2.75 2.50 2.00 <b>1.50</b>	<b>Bettkattun</b> 130 cm breit Meter 2.00, 80 cm breit . . . . . Meter 1.00 <b>75</b>	<b>Flausch-Velour u. Mouline</b> 130 cm breit . . . . . Meter 7.50 4.75 4.00 <b>2.25</b>	<b>Eolienne</b> Wolle mit Seide, moderne Farben Meter 6.50 <b>4.50</b>
<b>Schürzenstoffe</b> doppeltreut . . . . . Meter 1.50 1.35 1.10 <b>90</b>	<b>Kariertes Bettzeug</b> 130 cm breit Meter 1.50, 80 cm breit . . . . . Meter 1.00 <b>85</b>	<b>Papillon und Zibeline</b> aparte Ausmusterung . . . . . Meter 7.00 5.75 <b>2.60</b>	<b>1 Posten Perkal</b> für Blusen und Oberhemden . . . . . Meter 85 <b>70</b>

<b>Linn für Bettbezüge</b> 75 130 cm br., Str. 2.50 1.95 1.45 80 cm breit, Str. 1.35 1.00	<b>Satinstr. l. Bezüge</b> 1.30 130 cm br., Str. 3.00 2.25 80 cm breit, Str. 1.55	<b>Baumw. für Bettbez.</b> 1.45 130 cm br., Str. 3.50 2.00 2.25 80 cm br., Str. 2.10 1.85	<b>Ein Posten Bedruckte Voile</b> 65 Meter jezt	<b>1 Posten Waschmusseline</b> 75 80 cm breit, Meter jezt	<b>Ein Posten Washkrepps</b> 75 Meter jezt
---	---	---	--	--	---

### Preiswerte

## Herren-Artikel!

<b>1 Posten Perkal-Oberhemden</b> moderne Schnitt, mit Streifen <b>4.65</b>
<b>1 Posten Oberhemden-Ersatz</b> modern Schnitt, mit 2 Streifen <b>2.25</b>
<b>1 Posten Stehkragen</b> mit angelegter Kante, gerändert <b>65</b>
<b>1 Post. Selbstbinder u. Regattes</b> moderne Form, ohne Knöpfe <b>75</b>
<b>1 Posten weiße Schlafdecken</b> jezt 1.20 1.00 1.25 <b>2.75</b>
<b>1 Posten farbig. Schlafdecken</b> jezt 1.20 1.00 1.25 <b>1.50</b>

# LUBLIN